

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik.

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

- monatlich Ks 16.—
- vierteljährlich 48.—
- halbjährlich 98.—
- jährlich 192.—

Abstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Ercheint mit Ausnahme
des Montag täglich rwb

Moral der Bürgerpresse.

Da es den bürgerlichen Meinungsfabriken im Inland an geeigneten „Schlagern“ zur Bekämpfung der Sozialdemokratie fehlt, lassen sie sich von ihren Zeitschwindern im Ausland Schaumärchen über die dortigen Sozialdemokraten zusammensabeln. Das hat den Vorteil, daß die vorgebrachten Dinge schwerer kontrollierbar sind, die uninformatierten Leser leichter diesen Erfindungen Glauben schenken und die Erfinder weniger fürchten müssen, zur Verantwortung gezogen zu werden. In letzter Zeit wird in der christlichsozialen und anderen Presse allerlei Schmus über das „Koalitionsvehnen“ der „Austromarxisten“, über dessen angebliche Gründe und Hintergründe vorgetragen. Bei uns war es — wer denn sonst! — die christlichsoziale „Deutsche Presse“, die ja besondere Gründe hat, von der Schaumpolitik ihrer Partei abzulenken, und die sich daher heilte, ihrem Publikum diesen Jahrmärchenbären aufzubinden. Auch in Deutschland gibt es Zeitungen, die, ohne nach den Quellen zu fragen, alles aufnehmen, wenn es nur gegen die Sozialdemokraten geht. Darunter waren die „Münchener Neuesten Nachrichten“, deren Dichtungen über die österreichische Partei dem Genossen Dr. Kenner Veranlassung gaben, unserem Münchener Parteiorgan, der „Münchener Post“, eine richtigstellende Darstellung zukommen zu lassen.

Den Ausgangspunkt der Phantasien der bürgerlichen Presse bildet der letzte Parteitag unserer österreichischen Partei, der eine Höhe und Reife der Verhandlungen zeigte, wie noch niemals eine bürgerliche Tagung, und der die Erwartungen der Gegner auf eine Spaltung mit einer bitteren Enttäuschung enden ließ. Es zeigte sich, daß Otto Bauer und Kenner in dem entscheidenden Punkt einig sind, daß die Partei alles vorzutun habe, um die zweifellos bestehende Gefahr eines Bürgerkrieges zu bannen und selbst das Opfer einer Koalition auf sich zu nehmen. Die vom Parteitag an das ganze Volk gerichtete Mahnung zur inneren Abrüstung hat auch weit über die Kreise der Sozialdemokratie hinaus Verständnis und Zustimmung gefunden, nur die Gruppe um den „Keine Milde“-Brötlchen glaubt ihr arbeitsames Parteipöppchen am besten locken zu können, wenn sie dem drohenden Unheil Vorjamb leistet, und sie sucht den mutigen Beschluss des Parteitages zu diskreditieren. Wie das zu machen ist, darüber ist insbesondere bei der bürgerlichen Presse keine Verlegenheit entstanden, denn das Verdrehen und Verdächtigungen hat sie längst zur Virtuosität herausgebildet. Sie unterzieht der Führung der Partei dreist die schwächsten Motive, die gerade aufzutreiben sind und stellt die Mahnung des Parteitages als einen Ausdruck der Furcht hin. Wie wenig der 15. Juli und die ihm folgende Hebe den positiven Kredit der Partei zu erschüttern vermochte, geht daraus hervor, daß sie seither an Mitgliedern bedeutend gewonnen hat und sowohl die innere Disziplin wie auch der Zusammenhalt der Arbeitermassen ein noch weit stärkerer geworden ist. Unter den Nichtswürdigkeiten, die der Parteiführung als Beweggrund unterworfen werden und die in unserer christlichsozialen Presse wiederholt werden, ist auch die: die österreichische Sozialdemokratie suche in der Regierung zu kommen, weil die von Dr. Kenner begründete Arbeiterbank vor dem Bankrott stehe und nun offenbar nach christlichsozialem Muster die Absicht habe, durch einen fiktiven Griff in die Staatskassen, die vom „Ruin“ bedrohten Parteiinstitute zu retten. Auf was baut sich diese Behauptung auf? Die Lösung dieser Frage ist ganz einfach: Die christlichsozialen und deutschnationalen Antisemiten haben nämlich einen wagen Expresse in einem Gefängnis sitzenden Presserolch einen ungarischen Juden, Sándor Weiss, dazu gedungen, die Sozialdemokraten einzeln und im Ganzen als Schwindler und Verbrecher hinzustellen, und die christlichsozialdeutschnationale Realerna lotat dafür, daß dieser Lump auch im Gefängnis die Gelegenheit findet, sein schurkisches Handwerk fortzuführen. Tagtäglich werden die Vertrauensmänner

der Arbeiterschaft auf das unflätigste beschuldigt, doch nimmi in Wien niemand den Strohich ernst, außer unsere christlichsoziale Presse, die getreulich verzeichnet, was er erfindert.

Es sind erst Monate her, da stiegen aus dem Sumpf der bürgerlichen Geschäftspolitik entsetzlich frickende Blasen auf. Unzahlige Kreditinstitute und Wirtschaftsunternehmungen, die von ersten Vertrauensleuten der christlichsozialen und deutschnationalen geführt worden waren, brachen schmächtig zusammen, und zahlreiche bürgerliche Politiker erwiesen sich als bemakelt. In dieser Not hielten sie Ausschau: Geheiltes Leid ist halbes Leid — wie schön, wenn man doch auch Sozialdemokraten auf derselben Armenjünderbank fände! Aber siehe da, nicht ein einziges der von den Sozialdemokraten geführten Institute ist in Konkurs oder Ausbleich oder auch nur ins Wanken geraten! Ist das nicht zum Verzweifeln? Diefem Mangel sollte eine niederträchtige Preßkampagne, die den Kredit der Arbeiterbank zu untergraben bestimmt war, abhelfen. Welcher Gewinn, wenn es gelungen wäre, sie zu Fall zu bringen, und der Nachseh der bürgerlichen Presse es hätte in alle Winde rufen können: Die Arbeiterbank faul! Die Arbeiterbank vor dem Zusammenbruch, Nervenverluste der Arbeiterbank! usw. Aber, o Pech! Der Preßsturm ging ohne alle Wirkung an der Arbeiterbank vorüber, alle Einlagen wuchsen ständig, ihr Geschäftskreis dehnte sich unaufhörlich aus. Ihre Antwort auf die Angriffe waren ihre Jahresberichte, die ihr Gedeihen unumstößlich vorraut.

Es könnte an diesen Beispielen nachgewiesen werden, wie leichfertig nicht nur die gegen die Arbeiterbank, sondern auch die gegen andere Arbeiterinstitute erhobenen Beschuldigungen sind. Der Spandor Weiss, dem die bürgerliche Presse seine bösartigen Einstellungen nachbelei, ist wohl ein Genie im Verleumdern, aber doch nur ein Dummkopf in wirtschaftlichen und finanziellen Dingen und ist so beschränkt, daß er gerade die Zeichen der Festigkeit und Prosperität als Symptome des Verfalles ansieht. Es lohnt sich aber wirklich nicht, dies im einzelnen nachzuweisen. Gewiß hatten manche der österreichischen Produktionsgenossenschaften in der Inflationszeit „mit Schwierigkeiten zu kämpfen“, stand doch ganz Österreich inmitten einer schweren Krise, und es gab damals in ganz Österreich nicht ein einziges Unternehmen, das von Schwierigkeiten verhältnißlos geblieben wäre. Aber diese Schwierigkeiten sind, wie ja die öffentliche Rechnungslegung aller unserer Unternehmungen jedermann offenbart, längst schon überwunden, und zweitens haben sie der Arbeiterbank, die immer auf bankmäßiger Sicherheit bestanden hat, niemals die Gefahr eines Verlustes gebracht.

Die Moral der bürgerlichen Presse richtet sich selbst, da diese sich zum Nachbeter eines Ruchthäuslers macht. Es ist selbstverständlich eine Lüge, daß der 15. Juli ein „Rußich“ war, daß er in wohlberechneter Weise „injuziert“ wurde, und eine faustdicke Lüge, daß der Anschlag in einer geheimen Beratung im Wiener Rathaus zweckbewußt vorbereitet worden sei. Unsere christlichsoziale Presse verschmäht es nicht, dem Spandor Weiss Dinge nachzuverhählen, die in den fünf Monaten der Erörterung und Unterbringung der Juliereignisse bisher von keiner Seite, nicht einmal von jener der erfundungsreichen Polizei, behauptet oder auch nur angedeutet worden sind. Wenn die Substrolche des jüdischen Juachhäuslers Weiss ihr Lügengewebe mit der Behauptung abschließen, den Sozialdemokraten solle mit einer Koalition der Zutritt zur Kutterrippe geöffnet werden, um die notleidenden Parteionternemungen sanieren zu können, und um die peinlichen Untersuchungen über den 15. Juli niederzuschlagen, so verraten sie damit eines klar: Wie niedrig sie des Urteil ihrer Leser und Parteibekennner einschätzen, und welche dumpe Kälschmären diese aller Ehren werke Presse sich von ihren Informatoren anhängen läßt. Am übrigen aber braucht man nichts dazuzusetzen, wenn sich die Bürgerpresse bemüht, durch ihre Verbindung mit einem notorischen Ruchthäusler der Öffentlichkeit Aufklärung über ihre Moral zu geben.

Gegen Kriegsgefahr und Fascismus!

Die sozialistische Nordostkonferenz zum polnisch-litauischen Konflikt.

Berlin, 18. Dezember. (Egenber'sch.) Im Spingesaale des Parteivorstandes der SPD. begann heute unter dem Vorsitz des internationalen Sekretärs, Genossen Friedrich Adler, die Konferenz der sozialistischen Parteien Nordosteuropas, zu der Vertreter der sozialistischen Parteien Litauens, Polens, Deutschlands, Letlands, Schwedens, Dänemarks, der Tschechoslowakei (Dr. Winter), Danzgo, ferner der russischen Sozialdemokraten und der russischen Sozialrevolutionäre, der georgischen und der ukrainischen Sozialisten erschienen waren. Die Konferenz befahte sich mit dem Problem der Beziehungen der einzelnen Parteien zu einander und nahm besonders ausführliche Berichte über die Entwicklung der Ereignisse in Litauen entgegen. Es fand eine ausführliche Debatte statt, in der die meisten Teilnehmer der Konferenz eintriften.

Die Konferenz beschloß sich dann vor allem mit dem polnisch-litauischen Konflikt, in dem sie war nur eine Teilsfrage der nordosteuropäischen Politik sieht, der aber gegenwärtig zu ersten Befürchtung Anlass gibt. Die De-

legierten der litauischen Sozialdemokratie erstatteten einen ausführlichen Bericht über die Lage in Litauen, dann kamen die Vertreter der litauischen Emigration zu Wort, die einige Äußerungen über die Ansichten der Emigranten richtigten. Die Konferenz kam einstimmig zu dem Schluß, daß die Genfer Übereinkunft zwischen Litauens, Schwedens und Dänemarks keine Lösung der Streitfragen bedei, daß vor Optimismus gewarnt werden muß und die sozialistischen Parteien die Kriegsgefahr auf entscheidende Bekämpfungen müssen. Es sei vor allem die Frage der Stellung Litauens geblieben, über die nach der einhelligen Meinung der Konferenz nur die Bevölkerungskraft des Selbstbestimmungsrechtes ist entscheiden kann. In Litauen wie in Polen herrscht gegenwärtig keine Demokratie, das Regime in beiden Ländern gefährdet den Frieden. Die sozialistischen Parteien werden alle Kräfte zum Sturz der litauischen Regierungen organisieren und sich mit aller Energie jeder Kriegsvorbereitung entgegenstellen.

Eine Frage an die Deffentlichkeit.

Darf der Staat eine vierköpfige Familie verhungern lassen?

Kachstehendem Fall, der der Deffentlichkeit un'breitet werden muß, weil es keinen anderen Weg mehr gibt, eine ganze Familie vor dem sicheren Verderben zu retten, sei vorangeschickt, daß es sich nicht um Sozialdemokraten, sondern um arme, vom Unglück verfolgte Menschen handelt, die keiner Partei angehören und für die aus reinen Menschlichkeitsgründen das Wort ergriffen wird.

Es geht um die Frage, ob es zulässig ist, vier hilflose schuldlose Menschen, denen durch die Schuld des Staates die Existenz des Ernährers zerstört wurde, zugrundegehen zu lassen und dieser traurige Schicksalsfall hat folgende Vorgeschichte.

Leopold Jahn, derzeit in Mutenitz bei Gdding wohnhaft, war vor dem Kriege volle 33 Jahre in Galizien, Bezirk Tarnopol, bei privaten Gutsverwaltungen als Verwalter beschäftigt. Im Herbst 1914 raubten die vordringenden Russen seine Habe, ließen ihn und die mit dem Heiratsgute der Frau angelegten Ersparnisse im Betrag von 6.000 Kronen, Jahn und seine Familienangehörigen retteten nur das nackte Leben und kamen kriegsflüchtig in Mähren an. Auf dem Meierhof Mutenitz der Keltzhaner Zuckerfabrik fand Jahn 1916 eine Anstellung als Adjuvant, welche bescheidene Stelle Jahn zur vollsten Zufriedenheit auch der Arbeiter, ausfüllte. Im Jahre 1923 ging der Hof Mutenitz auf Grund der Friedensverträge in Eigentum des Staates über. Jahn wurde entlassen, weil er alt und der tschechischen Sprache nicht mächtig war. In der schriftlichen Verständigung darüber, wurde ausdrücklich die Befristung der Meierhofes durch den Staat als Entlassungsgrund angegeben. Ohne die vorzeitige Aufkündigung und Uebernahme der Herrschaft durch die Staatsdirektion hätte Jahn noch jahrelang seiner Arbeit nachgehen können.

Postenslos stand Jahn plötzlich da, existenzlos ist er noch immer und leidet mit den Seinen schreckliche Not. Er ist heute 69 Jahre alt und durch die überstandenen Entbehrungen physisch entkräftet. Die Frau zählt 55 Jahre, mit hochgradigem Herzleiden befaßt, arbeitsunfähig. Eine 12jährige Tochter besucht die schachische Bürger Schule in Gdding, ist ungewöhnlich blutarm und unterernährt. Die Schülerfahrkarte von Mutenitz nach Gdding kostet monatlich 15 Kronen, ein Gehalt um Preisfahrt wurde abgewiesen. Eine vierundzwanzigjährige Tochter leidet an Verfolgungswahn, seitdem sie 1914 als Kind die Waisalen in die elterliche Wohnung einbringen sah, ist wegen schwerer psychischer Störungen zu einem Erwerb unfähig. Zu diesen vier Personen kommt noch ein 23 Jahre alter Sohn, der während der Militärdienstzeit jenen bei der Donau-Dampfschiffahrt in Preßburg unangehörigen Posten verloren hat und heute noch immer stellungslos ist. Ein vierundzwanzigjähriger Sohn befindet sich derzeit beim Militärr.

Die Familie Jahn lebt seit Jahren von der Armenunterstützung der Heimatgemeinde im Betrage von 120 Kronen monatlich. Vier

Personen haben täglich vier Kronen zu verzeuern.

Jahn hatte überdies das Pech, seine Ansprüche um Kriegsschadenersatz zu spät zu stellen, als die dazu eingesetzte Kommission schon lange auseinandergegangen war und ihm kein Heller mehr gegeben werden konnte.

Der alte gekochensunkündige Mann konnte aber nicht glauben, daß man ihn ganz im Stich lassen wird. Drei Jahre wartete er bescheiden, auf eine Abfertigung oder Pension für den verlorenen Posten. Dann sah er sich um Hilfe um.

Im Juni 1926 wurde für ihn, in der irrthümlichen Voraussetzung, daß die Entlassung im Zusammenhang mit der Bodenreform erfolgt sei, ein Abfertigungsgehalt an das Bodenamt gerichtet. Ein halbes Jahr lang erfolgte keine Erledigung.

Aus Mutenitz kamen immer dringendere Hilferufe. In einer Karte vom 11. Jänner 1927 schreibt Jahn:

„... kann kann ich schreiben, es ist kalt und friert... Jede Stunde ist für mich ein ganzer Tag.“

Im Zusammenhang mit dem Selbstmord eines Gutsangehörigen, der vergebens auf eine Versorgung gewartet hatte, wurde das Bodenamt auf den Fall Jahn aufmerksam gemacht. Vom Präsidium des Bodenamtes kam die Aufforderung, daß der Hof Mutenitz vom Staat übernommen wurde und daß allfällige Ansprüche an die staatliche Guterdirektion zu richten wären.

Nun hieß es, vom Bodenamt die dem Gesuch beigegebenen Dokumente zurückzuerhalten.

Aber weder Gesuch noch Beilagen waren in der sozialen Abteilung des Bodenamtes (Prag, Kreuzherrenkloster) auffindbar. Jahn hätte zur Mühle eintreten können, wenn er auf einen Bescheid dieser Amtsstelle gewartet hätte.

Nach vielen Interventionen, langem Suchen und Hin- und Herziehen wurde der Akt im Juli d. J. endlich gefunden, ein neues Gesuch an die Staatsgüterdirektion eingewicht.

Darauf wurden die Bemühungen, für Jahn wenigstens eine Gnadengabe herauszuschlagen bei dieser Stelle konzentriert. Und der Erfolg war, daß bei einer letzten durchgeführten Intervention von maßgebender Stelle mitgeteilt worden ist, daß dem Jahn kein Heller gegeben werden kann. Der Staat sühnt sich an den drohenden Untergange einer armen Familie keine Verpflichtung zu helfen, obwohl er durch die Befristung des Hofes Mutenitz den Ernährer ums Brot gebracht hat. Der Ausweg, dem Familienoberhaupt durch eine leichtere Beschäftigung wieder einen Verdienst zu geben, kommt nicht in Betracht, weil Jahn die Staatssprache nicht beherrscht.

Staatsprache geht vor Humanität!
Die Staatsgüterdirektion hat ganz korrekt gehandelt, gewiß! Sie hat keine gesetzliche Verpflichtung, weil die Gesetzgeber seinerzeit vergessen haben auch Bediensteten der vom Staate nach den Friedensverträgen enteigneten Güter

dem aber nur durch eine rasche Entscheidung abzuhelfen ist. Diese Abhilfe ist im Interesse aller Beteiligten, der Parteien wie der Behörden, gelegen. Wir wären in der Lage nachzuweisen, daß es Fälle gibt, in denen ein etwa an die politische Landesverwaltung gerichtetes Ansuchen an sechs, acht und noch mehr Behörden zur Begutachtung und Stellungnahme geht, oft genug, was direkt ein Unfug ist, auch an jenes Ministerium, das im Falle einer Abweisung über den allfälligen Rekurs zu entscheiden hat. Diefem Uebelstande könnte in sehr weitgehendem Maße abgeholfen werden, wenn die zur Entscheidung berufene Behörde zur mündlichen Verhandlung auch die übrigen interessierten Behörden einladet. Allerdings müßte endlich einmal auch eine scharfe Abgrenzung der Kompetenzen der einzelnen Ministerien erfolgen und der weitere Uebelstand beseitigt werden, daß nahezu jedes Ministerium in alles dreinsprengt. Dies wäre nicht nur im Interesse der Bevölkerung gelegen, sondern würde eine bedeutende Entlastung der Zentralbehörden und den so dringend notwendigen allmählichen Abbau des Beamtenstandes ermöglichen.

Wir können uns an dieser Stelle nicht mit allen Einzelheiten des in vieler Hinsicht reformbedürftigen Entwurfes beschäftigen und müssen uns mit der Hervorhebung des wichtigsten begnügen.

Schwere Bedenken muß der § 1, Abs. 2, Punkt 4, des Entwurfes hervorrufen, der bestimmt, daß sich die Verordnung nicht bezieht auf das Verfahren über jene Verfügungen, welche die politischen Behörden und die Polizeibehörden sowie die Organe der öffentlichen Sicherheit im eigenen Wirkungsbereich zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit sowie zur Abwendung einer unmittelbar drohenden Gefahr treffen. Artikel II und III des Gesetzes über die Verwaltungsreform gibt politischen Behörden das Recht, für die öffentliche Ordnung, Ruhe und Sicherheit zu sorgen und die zur Erreichung dieses Zweckes erforderlichen Verfügungen zu erlassen. Durch die Bestimmung des Entwurfes würde es unmöglich gemacht, sich gegen derlei Verfügungen auf dem Rechtsweg zur Wehr zu setzen. Das österreichische Gesetz (Art. IV, §. 3, des Einführungsgesetzes) gibt wohl den Behörden auch das Recht zur Erlassung solcher Verfügungen ohne vorhergehendes Verfahren, unterwirft aber diese Verfügungen, sobald sie einmal erlassen sind, den allgemeinen Verfahrensvorschriften. Hierbei ist nicht zu übersehen, daß die Artikel II und III des Gesetzes über die Verwaltungsreform den Behörden der Tschechoslowakei schon ohnedies viel weitgehendere Rechte einräumt, als dies in den parallelen Bestimmungen des österreichischen Gesetzes der Fall ist.

Der Internationale Allgewerkschaftliche Verband im Bunde mit den Unternehmern.

Gewerkschaftsfretäre, die sich von den Unternehmern Artikel für die kommunistische Presse liefern lassen.

Das „Pravo Lidu“ veröffentlicht einen Brief des Sekretariats des Internationalen Allgewerkschaftlichen Verbandes, Sektion der Bekleidungsarbeiter in Prasnitz, welchen diese am 13. Dezember der Unternehmernorganisation in der Bekleidungsbranche in Olmutz unter der Zahl 1002-27 gesendet hat. Der Brief lautet:

„Im Besitze Ihres Schreibens Nr. 3917/27 vom 10. ds. hat das Präsidium des Vorstandes der Sektion der Bekleidungsarbeiter des I. A. G. in der gestrigen Beratung über den Inhalt der zitierten Zuschrift verhandelt und in dem Beschlusse, soweit als möglich der drohenden Unzufriedenheit der Arbeiterschaft auszuweichen, beschlossen, vorläufig den Inhalt des Vertrauensmännern nicht mitzuteilen und zunächst von der illustrierten Ausgabe die Mitteilung zu verlangen, bei welcher Gelegenheit eine Rundgebung vereinbart werden könnte, die in den Blättern der kommunistischen Partei veröffentlicht werden soll, eventuell um den Entwurf einer solchen Rundgebung einzuschicken, damit wir imstande sind, zu beurteilen, ob es möglich ist, auf dieser Basis eine friedliche Vereinbarung zu treffen. Bei dieser Gelegenheit könnte uns die Meinung darüber mitgeteilt werden, ob nach eventuellem Abdruck, wofür man sich voll bemühen wird, die Bekleidungssektion des I. A. G. ohne weitere Bedingungen zur ergänzenden Unterschrift des Vertrages eingeladen werden wird.“

In dem weiteren Teile des Briefes wird dann eine Zusammenkunft des unterschriebenen Sekretärs der Sektion der Bekleidungsarbeiter in Prasnitz, Dr. J. A. B. Spital vorgeschlagen.

So schaut also die Arbeit der kommunistischen Gewerkschaftsfretäre aus, jener Menschen, welche die freien Gewerkschaftsverbände zertrümmern haben, weil diese angeblich zu wenig radikal das Interesse der Arbeiter vertreten. Der kommunistische Gewerkschaftsfretär Spital vereinbart mit den Unternehmern, daß er ein Schreiben, welches er von ihnen erhalten hat, den Arbeitern nicht mitteilt, und daß er bereit ist, sich für den Abdruck einer von den Unternehmern stilisierten Erklärung, die wahrscheinlich auch vom J. A. B. unterschrieben werden sollte, in den kommunistischen Blättern einzusetzen.

Der Herr Gewerkschaftsfretär ist also bemüht, aus den Unternehmern der Bekleidungsbranche Mitarbeiter des „Rude Pravo“ und des „Vorwärts“ zu machen

und packt mit den Unternehmern, ohne daß es die Vertrauensmänner wissen. So haben bisher nur gelbe Organisationen gehandelt, die den Arbeitern bei allen Kämpfen in den Rücken fallen. Die Arbeiter werden sich ein Urteil über diese Sorte von kommunistischen Gewerkschaftsfretären, welche die Vertrauensmänner der freien Gewerkschaften als Verräter bezeichnen, und dabei den schändlichsten Verrat an den Arbeiterinteressen üben, bilden.

Der Kampf um die Sozialversicherung

Die beabsichtigte Auflösung der Verbände der Krankenversicherungsanstalten.

Der § 19 des Regierungsentwurfes über das Gesetz, mit welchem das Sozialversicherungsgesetz aus dem Jahre 1924 geändert und ergänzt werden soll, enthält den lapidaren, aber sehr inhaltreichen Satz: Der § 93 des Gesetzes Nr. 221/1924 S. 1, d. S. u. B. wird aufgehoben. § 93 des Ges. Nr. 221/24 lautet: Die Krankenversicherungsanstalten sind verpflichtet, behufs Erfüllung der ihnen gemeinsam zustehenden Aufgaben Mitglieder eines Verbandes der Krankenversicherungsanstalten zu sein. Die Aufgaben dieser Verbände sind insbesondere der Abschluß gemeinsamer Verträge mit Ärzten, Geburtshelferinnen, Apothekern und Krankenhäusern, die Beschaffung von Heilmitteln und Heilmitteln für Erkrankte, und zwar auch von solchen, welche die Krankenversicherungsanstalten über ihre Verpflichtung hinaus gewähren, die gemeinsame Versorgung der Krankenkontrollen, die notwendige Veranstaltung zum Zwecke der Krankheitsüberwachung, die Besorgung der Statistik. Mit der Besorgung der angeführten Aufgaben ist die Tätigkeit der Verbände noch lange nicht erschöpft: Sie besorgen die fachliche Ausbildung der Beamten und des Beamtenschaftswachses, arbeiten beständig an der Normung und damit an der Verbillichung der Verwaltung ihrer Anstalten, überwachen ihre Anstalten in bezug auf Zweckmäßigkeit ihrer Einrichtungen, ersparen ihren Anstalten Vermögen durch die Retagierung von Hundertentausenden von Rezepten und Millionen von Taxanzätzen und die Überwachung der Verschreibeweise von Heilmitteln. Es darf kühn behauptet werden, daß ohne der Tätigkeit der Verbände die Krankenversicherungsanstalten nicht auf ihrer derzeitigen Höhe ständen und mit den in der Republik im Verhältnisse zu den Nachbarstaaten Deutschlands, Österreichs, Polens usw. sehr niedrigen Verfiche-

rungsbeiträgen weitaus nicht das leisten könnten, was sie tatsächlich leisten. Die Krankenversicherungsanstalten wurden erst durch die Zäpfung der Verbände in die Lage versetzt, wirkliche Heilfürsorge und vorbeugende Gesundheitsfürsorge zu betreiben. Alle Verbände besitzen heute Krankheime, Genesungshäuser, Verträge mit Heilstätten für Tuberkulosekranke, soweit sie nicht selbst solche besitzen. Durch Zuschüsse an ihre Anstalten regnen sie diese zur Abgabe von Mitgliedern an Bäder und Sanatorien an. Die auf dem Gebiete der Bekämpfung der Volkskrankheiten tätigen freiwilligen Organisationen würden heute der moralischen, physischen und finanziellen Mitarbeit der Verbände kaum mehr entraten wollen.

Die Anträge zweier tschechischer Parteien sollen als dem unermittelten Ziel stehen, Gebilde, die man nach langjährigen Versuchen und aus der Not heraus geschaffen hat, sollen nunmehr auch dem Zentralisationsseifer (nach den wirklichen Gründen wird man nicht lange fragen brauchen) zum Opfer fallen. Der Regierungsentwurf gibt „Ersparnisgründe“ an. Der Antrag der einen tschechischen Partei verlangt statt der Verbände Landesstellen, der Monatsbericht überträgt die Arbeiten der Verbände der Zentralsozialversicherungsanstalt. Nirgends ist davon die Rede, ob diese Stellen den Apparat haben, um die Geschäfte der Verbände weiterführen zu können. Sie brauchen ebenso wie die Verbände auch Personen, die die Arbeit besorgen; da sie diese Personen nicht haben, müssen sie sie aufnehmen. Die Verbände besorgen einen Großteil ihrer Geschäfte durch ehrenamtlich bestellte Funktionäre, welche sie ihren Krankenversicherungsanstalten entnehmen. Sie konnten deshalb ihre Geschäfte mit einem Minimum von Verwaltungskosten besorgen. Dies wäre bei einem bürokratischen Apparat vollkommen ausgeschlossen.

Die Verbände waren die einzigen Stellen, an welche sich die Krankenversicherungsanstalten vertrauensvoll um Rat und Auskunft wenden konnten. Die geplanten Landesstellen und die Zentralsozialversicherungsanstalt sind aber Aufsichtsbehörden, u. zw. schon der Art, der Zusammennehmung ihrer Verwaltungen nach einseitig national orientierte. Ihnen fehlt der Einblick in

„Und Friede den Menschen auf Erden...“

Washington, 18. Dezember. Präsident Coolidge stimmte heute dem Marinebauprogramm zu, das der Sekretär für die Marine in der vergangenen Woche dem Kongress vorgelegt hat. Wie bekannt, sieht dieses Programm den Bau von 71 Kriegsschiffen vor. Es ist für fünf Jahre berechnet und wird eine Milliarde Dollar (33 Milliarden Kr.) erfordern.

Der russische Bizekonsul in Kanton hingerichtet?

Hongkong, 19. Dezember. Aus Kanton wird von vertrauenswürdiger Seite gemeldet, daß sich der Bizekonsul Doffiz unter dem am 14. Dezember hingerichteten fünf Russen befand. Ein Lichtbild zeigt den Bizekonsul nach der Hinrichtung mit auf den Rücken festgebundenen Händen ohne Schuhe und ohne Socken auf dem Boden ausgestreckt. Der russische Generalkonsul und sein Personal befinden sich noch im Gefängnis. Über 1.000 Häuser wurden zerstört und in Brand gesetzt. Die Zahl der Getöteten und Verletzten beläuft sich auf 3.000. Zahlreiche Chinesen bringen ihre Wertgegenstände in das ausländische Viertel Schamien. Der britische Generalkonsul riet den in der Nähe von Kanton wohnenden Engländern, in Schamien Schutz zu suchen, bis wieder Ruhe eingetreten ist.

Rundfunk für Alle!

In der morgigen deutschen Arbeiter-sendung

im Prager Rundfunk spricht Genosse Goldschmid über „Hentener Roman“

Programm für morgen, Mittwoch.

- 8.00: Kulturklub 19: Broden aus dem Buch „Materlnfa“ 19:15: Rundfunk-Beziehungen: Sonate op. 2 Laue, 19:40: Opernbesprechung: Die Hochzeiten der Figaro, 19:45: Die deutsche Kunst der Renaissance 2. Vortrag: Politische Eindrücke 3. Vortrag: Politische Eindrücke 4. Vortrag: Politische Eindrücke 5. Vortrag: Politische Eindrücke 6. Vortrag: Politische Eindrücke 7. Vortrag: Politische Eindrücke 8. Vortrag: Politische Eindrücke 9. Vortrag: Politische Eindrücke 10. Vortrag: Politische Eindrücke 11. Vortrag: Politische Eindrücke 12. Vortrag: Politische Eindrücke 13. Vortrag: Politische Eindrücke 14. Vortrag: Politische Eindrücke 15. Vortrag: Politische Eindrücke 16. Vortrag: Politische Eindrücke 17. Vortrag: Politische Eindrücke 18. Vortrag: Politische Eindrücke 19. Vortrag: Politische Eindrücke 20. Vortrag: Politische Eindrücke 21. Vortrag: Politische Eindrücke 22. Vortrag: Politische Eindrücke 23. Vortrag: Politische Eindrücke 24. Vortrag: Politische Eindrücke 25. Vortrag: Politische Eindrücke 26. Vortrag: Politische Eindrücke 27. Vortrag: Politische Eindrücke 28. Vortrag: Politische Eindrücke 29. Vortrag: Politische Eindrücke 30. Vortrag: Politische Eindrücke



An alle Abonnenten, Leser und Kolporteurs!

Unser Blatt erscheint zu Weihnachten am 24. Dezember zur selben Stunde wie gewöhnlich. Unsere Weihnachtsummer mit dem Datum des 25. Dezember erscheint bereits Samstag, den 24. Dezember mittags, so daß unsere Kolporteurs die Bahnexpresspakete noch am 24. Dezember abends oder am 25. Dezember morgens bei der Bahn beheben können.

Wir ersuchen unsere Abonnenten, die Weihnachtsummer beim zuständigen Postamt bis 10 Uhr vormittags abzugeben.

Unsere Dienstagnummer vom 27. Dezember entfällt infolge des Feiertages am Montag.

Die Verwaltung.



die örtlichen Verhältnisse und nicht zuletzt der innige Kontakt mit den an der Versicherung Interessierten.

Das Vermögen der Verbände soll unter deren Krankenversicherungsanstalten aufgeteilt werden. So man ein Objekt nicht teilen kann, dürfte wohl nur der Verkauf der den Verbänden gehörigen Heilstätten in Frage kommen. Die Heilstätten der deutschen Verbände liegen in deutschen Gebieten. Es wäre wohl nicht unmöglich, daß eine Prager Zentralstelle die fraglichen Objekte kauft oder auch für die Gesamtheit der Krankenversicherungsanstalten zu billigen Preisen übernimmt und auch ihrerseits einen Teil zur Bodenreform beiträgt.

Polen und Litauen.

Von M. Niedzialkowski.

Aus dem Warschauer Kobotnik vom 10. Nov. 1927.

Am fünften und sechsten November fand in Riga der Kongress der litauischen politischen Emigranten statt. Der Sozialdemokrat mit Beteiligung der Volksämter. Der Kongress hat eine Reihe Beschlüsse gegen die litauische Woldemaras und für die Einigung mit Polen gefaßt.

Auf die Einzelheiten der Verhandlungen wollen wir hier nicht eingehen. Eingehen möchten wir unseren Standpunkt in der polnisch-litauischen Frage darlegen.

1917 war die herrschende Meinung in Polen für die Union des polnischen Staates mit dem ehemaligen Großherzogtum Litauen, d. h. für einen „Reinigungsstaat“. In diesem Sinne lautete die Deklaration der im „Kolo“ vereinigten Fraktionen der P. P. S., der Pilen, der Aktivisten und der Rechten.

Als der polnische Führer Pilsudski im April 1919 die berühmte Proklamation an die Bevölkerung des ehemaligen Großherzogtums Litauen gerichtet hat, erfüllte er damit nur den formal bestätigten Willen aller politischen Richtungen in Polen. Bald darauf änderten die Nationaldemokraten und ihre Mitläufer ihren Standpunkt radikal. Dies brachte die tragische Entwicklung der litauischen Frage in den Jahren 1919—1921.

Inzwischen wäre es verfehlt, die politischen Nationalisten allein als verantwortlich zu erklären. Denn im gleichen Sinne wirkten in Litauen die christlichen Demokraten, die Gruppe „Bazango“ (Vorwärts) — welcher die heutigen Nachbarn Litauens angehören — und endlich die Bischöfen um Stezewiczus. Die Bemühungen der nationalsozialistischen Parteien der beiden Länder verteilten jede friedliche Verständigung. Diese gelang den vernichtenden Schlag durch den Dezember-UMsturz des Woldemaras, dieses Chawinski und äußerster Reaktionärs.

Über die Regierung Woldemaras haben wir schon öfters berichtet. Sie ist eine echte Terrorregierung. Sollten auch manche Nachrichten übertrieben sein, so entsprechen sie doch im großen und ganzen der Wirklichkeit. Diese Sachlage hatte die demokratische Opposition bestimmt auf die friedliche Beilegung der Konflikte mit der polnischen Republik merktlich zu bestehen.

Unser Standpunkt ist der folgende. Die Regierung Woldemaras hat sich nur durch Bajonette. Ihr Anhänger ist die Offizierskorporation. Wir wünschen, daß die litauische Demokratie siegt, daß sie die Littauer stürzt und aus Ruder kommt, und zwar, daß sie dies alles selber erlangt. Jede bewaffnete Intervention seitens Polens halten wir in jeder Hinsicht für schädlich. Wir fassen unseren Standpunkt kurz zusammen. Wir wünschen, daß polnische Litauen und Polen normale wirtschaftliche und politische Beziehungen bestehen. Lie die Polen in Litauen, so die Litauer in Polen sollen gleiche Bedingungen kultureller und wirtschaftlicher Entfaltung geschert erhalten. Wir verzichten nicht auf die Union in Zukunft, aber wir möchten sie auf friedlichem Wege erreichen, also mit Zustimmung der Beteiligten. Jeden Gebrauch von Waffengewalt verwerten wir entschieden, und zweifeln nicht, daß dies auch der allgemein polnische Standpunkt ist. Die Beschlüsse des Rigaer Kongresses begrüßen wir und möchten, daß sie von der ganzen litauischen Demokratie, insbesondere von der Sozialdemokratie zu ihrem eigenen gemacht werden. Wir glauben an den definitiven Sieg der litauischen Demokratie und mühen an die Möglichkeit der polnisch-litauischen Verständigung.

- 19.40: Gedächtnis 19: Broden aus dem Buch „Materlnfa“ 19:15: Rundfunk-Beziehungen: Sonate op. 2 Laue, 19:40: Opernbesprechung: Die Hochzeiten der Figaro, 19:45: Die deutsche Kunst der Renaissance 2. Vortrag: Politische Eindrücke 3. Vortrag: Politische Eindrücke 4. Vortrag: Politische Eindrücke 5. Vortrag: Politische Eindrücke 6. Vortrag: Politische Eindrücke 7. Vortrag: Politische Eindrücke 8. Vortrag: Politische Eindrücke 9. Vortrag: Politische Eindrücke 10. Vortrag: Politische Eindrücke 11. Vortrag: Politische Eindrücke 12. Vortrag: Politische Eindrücke 13. Vortrag: Politische Eindrücke 14. Vortrag: Politische Eindrücke 15. Vortrag: Politische Eindrücke 16. Vortrag: Politische Eindrücke 17. Vortrag: Politische Eindrücke 18. Vortrag: Politische Eindrücke 19. Vortrag: Politische Eindrücke 20. Vortrag: Politische Eindrücke 21. Vortrag: Politische Eindrücke 22. Vortrag: Politische Eindrücke 23. Vortrag: Politische Eindrücke 24. Vortrag: Politische Eindrücke 25. Vortrag: Politische Eindrücke 26. Vortrag: Politische Eindrücke 27. Vortrag: Politische Eindrücke 28. Vortrag: Politische Eindrücke 29. Vortrag: Politische Eindrücke 30. Vortrag: Politische Eindrücke

- 19.40: Gedächtnis 19: Broden aus dem Buch „Materlnfa“ 19:15: Rundfunk-Beziehungen: Sonate op. 2 Laue, 19:40: Opernbesprechung: Die Hochzeiten der Figaro, 19:45: Die deutsche Kunst der Renaissance 2. Vortrag: Politische Eindrücke 3. Vortrag: Politische Eindrücke 4. Vortrag: Politische Eindrücke 5. Vortrag: Politische Eindrücke 6. Vortrag: Politische Eindrücke 7. Vortrag: Politische Eindrücke 8. Vortrag: Politische Eindrücke 9. Vortrag: Politische Eindrücke 10. Vortrag: Politische Eindrücke 11. Vortrag: Politische Eindrücke 12. Vortrag: Politische Eindrücke 13. Vortrag: Politische Eindrücke 14. Vortrag: Politische Eindrücke 15. Vortrag: Politische Eindrücke 16. Vortrag: Politische Eindrücke 17. Vortrag: Politische Eindrücke 18. Vortrag: Politische Eindrücke 19. Vortrag: Politische Eindrücke 20. Vortrag: Politische Eindrücke 21. Vortrag: Politische Eindrücke 22. Vortrag: Politische Eindrücke 23. Vortrag: Politische Eindrücke 24. Vortrag: Politische Eindrücke 25. Vortrag: Politische Eindrücke 26. Vortrag: Politische Eindrücke 27. Vortrag: Politische Eindrücke 28. Vortrag: Politische Eindrücke 29. Vortrag: Politische Eindrücke 30. Vortrag: Politische Eindrücke

Gerichtssaal.

Das Ende einer Tragödie

Am Donnerstag vor dem Reichsgericht in Abo (Finnland) abspielt. Im Mittelpunkt dieser Tragödie stehen der Bischofshof an der Universität zu Abo. Magister Allan Tirmudd und seine Frau, die Studentin Margit Kinninen, die wegen Mordes und Anstiftung zum Mord zu lebenslänglichem Zuchthaus und zu dauerndem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt wurde.

Am Teller dieses Jahres wurde in einem Park Abo der Kaufmann Euplom durch Selbstvergiftung ermordet. Euplom war ein Trübler, Frauenjäger und Ausbeuter seiner Angestellten. Einiges Tage nach dem Mord wurde die 19-jährige Studentin Margit Kinninen unter Mordverdacht verhaftet, und zwar auf Grund der Aussage eines Freundes des Ermordeten, dem gegenüber Euplom kurz vor seinem Tode geäußert hatte, die Studentin trache ihm nach dem Leben. Zunächst mußte die Studentin aus Mangel an Beweisen freigelassen werden. Mitte März wurde sie jedoch aufs neue verhaftet und mit ihr zusammen auch ihr Verlobter, Magister Tirmudd. Die Verhaftung ergab ungeheures Aufsehen in der akademischen Welt Finnlands, da Tirmudd ein unerschütterlich begabter Wissenschaftler ist. Margit Kinninen ist ein uneheliches Kind; ihr Vater soll Deutscher gewesen sein. Von ihren Lehrern wird sie als begabteste Studentin an der Universität bezeichnet. Margit Kinninen erklärte vor dem Untersuchungsrichter, sie sei als 15-jährige bei Euplom als Sekretärin tätig gewesen. Er habe sie verführt und später mit allen Mitteln versucht, ihren Ruf zu verderben und sie zeitlichlich zu vernichten. Euplom habe verhindert wollen, daß sie sich mit Tirmudd verheiratet. Er sei sogar an Tirmudd auf der Straße herangetreten, um diesen über die „Vergangenheit“ seiner Braut aufzuklären. Die Belästigungen Euploms seien schließlich so unerträglich geworden, daß sie und ihr Verlobter beschlossen hätten, ihren Feind aus dem Weg zu räumen. Man habe eine Zusammenkunft mit Euplom im Park vereinbart. Als dieser dort sich abermals weigerte, die Belästigungen zu unterlassen, habe sie den Revolver gezogen und ihren Feind durch zwei Schüsse getötet.

Der Verteidiger der Angeklagten, Dr. Hermann Friedmann, ein geborener Deutscher, aber seit vielen Jahren in Finnland naturalisiert, gab eine eingehende psychologische Schilderung der beiden Angeklagten, die viel dazu beigetragen hat, daß die öffentliche Meinung auf Seiten der Mörder steht. Das Gericht hat seinen harten Spruch damit begründet, daß im Augenblick der Tat beide, Kinninen und Tirmudd, im Vollbesitz ihrer geistigen Kräfte waren und den Mord mit Vorbedacht ausgeführt haben.

Die Affäre Dubichy vor Gericht.

Der Prozeß Dubichy gegen Swarowsky vor dem Jungbunzlauer Bezirksgericht.

Wie bekannt, hat der Abgeordnete Dubichy den Jungbunzlauer Landwirt Josef Swarowsky verklagt, und zwar weil dieser über Dubichy einen Bericht geschrieben hat, in dem eine Reihe von Beschuldigungen gegen den genannten Abgeordneten erhoben wurden, dahingehend, daß dieser Gelder entgegengenommen und dafür seinen Einfluss dahin verwendet hat, daß gewisse Bewerber um Ämter in ihren Wünschen befriedigt wurden. Diese Briefe liegen der Besagte im September 1927 von dem Notar Opatowitz und übergab sie dem Abgeordneten Remes der die ganze Angelegenheit im Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses zur Sprache brachte. Charakteristisch ist, daß Dubichy nicht den gesamten Inhalt der Briefe klagt, sondern nur einen Teil.

Die Verhandlung in Jungbunzlau, die nun am Samstag stattfand, begann mit der Vernehmung des Beklagten, Josef Swarowsky. Zunächst gelangt die Angelegenheit mit dem Hofeumprecht zur Behandlung; der Besagte erzählt, daß er im Jahre 1925 dem Kläger in dessen Kanzlei persönlich 10.000 Kronen von seinem Vetter Heinrich Swarowsky überbracht hätte. Dubichy habe ihm 2000 K davon mit den Worten „Da haben Sie 2000 K für Ihre Beweishungen“ zurückgegeben. Dubichy selbst habe seinerzeit dem Advokaten Boore in Jungbunzlau zugestanden, daß er das Geld bekommen habe. Der Besagte erzählt weiter, daß er bereits im Juli 1927 die Angelegenheit dem Abgeordneten Bradač übergeben habe, dieser aber nichts getan habe. Seinerzeit soll Bradač sich dem Besagten gegenüber geäußert haben, daß er eben nach Karlsbad zu Svobla fahre, um ihm Bericht zu erstatten. Der Verteidiger des Swarowsky verlangt daher die Vorlesung des Abgeordneten Bradač und des Ministerpräsidenten Svobla. Weiter will der Verteidiger den Nachweis erbringen, daß sich seinerzeit ein Beamter der Herrschaft Turn-Taxis, eine gewisse Kitzner, um die Fureitung des Gutes Swarowsky beponen habe. In betriebsen Zeit bekam nun Dubichy für 400 K ein Jagdrevolver und Kitzner bekam tatsächlich das verlanate Gut! Weiters will der Verteidiger den Nachweis erbringen, daß ein gewisser Süd aus Pilsen sich um ein Reklamt bewarb und mit Dubichy darüber im Abgeordnetenhause gesprochen habe. Als der Bewerber den Abgeordneten fragte, was das koste, soll ihm dieser gesagt haben: „Das wissen Sie, umsonst! Scharri keine Henne!“

Der Gerichtshof beschloß darauf, die Verhandlung bis zum 28. Dezember zu vertagen und eine Reihe von Zeugen vorzusaden.

Volkswirtschaft.

Die Marodeure des Klassenkampfes. Aktionsunfähigkeit und Streikbruch der Kommunisten im Kampfe der Glasarbeiter um höhere Löhne.

Wir haben am 14. Dezember an dieser Stelle über den erfolgreichen Abschluß der Lohnbewegung in der Hohlglasindustrie berichtet und führten dabei an Schluß auch an, daß die Sektion des J. A. B. und ihre Hochburg in Slichow nicht aktionsfähig war und die

Kommunisten in Poděbrad Streikbruch verübt haben bezw. der Aufforderung der Arbeitsniederlegung nicht nachgekommen sind. Die kommunistische Presse, die ansonsten gleich bei der Hand ist, hat in diesem Falle sehr lange gebraucht, bevor sie ihre übliche Sprache wieder fand und es mußte schließlich in den letzten Tagen, der Sekretär Babulík mit einem Artikel hervorbringen.

Wie schwer es dem Schreiber fällt, überhaupt auf unseren Artikel über den erfolgreichen Abschluß der Lohnbewegung in der Hohlglasindustrie etwas zu antworten, beweist schon die Einleitung, weil man bis auf das Jahr 1922 zurückgreifen muß, um den angeblichen Verrat und die Sabotage der reformistischen Führer nachweisen zu können. Es wird dann der Vorwurf erhoben, daß die reformistischen Verbände dem Antrage des J. A. B. auf Vertragskündigung nicht zugestimmt haben, wobei wir nur feststellen wollen, daß dies einstimmiger Beschluß der vorhergehenden Konferenzen der beiden Glasarbeiterverbände war. Dann schreibt Babulík wörtlich: „In einer gemeinsamen Sitzung in Teplitz wurde ein Aktionsausschuß gebildet, dem als Vertreter des J. A. B. die Genossen Babulík, Koseluh, Pacodha und vier Arbeiter aus den Hohlglasbetrieben angehörten. In diese Sitzung kam der Vertreter vom Svač Masaryk delimit mit der Ansicht, in ein paar Betrieben einen Streik zu probieren, um so die Unternehmer zur Nachgiebigkeit zu zwingen.“

Diese Mitteilung an die Öffentlichkeit übersteigt nämlich alles bisher dagewesene, und bedeutet einen

Vertrauensbruch,

weil die Verhandlungen des gemeinsamen Aktionsausschusses als streng vertraulich erklärt wurden, womit sich auch die Vertreter des J. A. B. überstanden erklärten. Dadurch sind auch wir der Verpflichtung, diese Verhandlungen vertraulich zu bewahren, entbunden, und wir wollen doch nun einmal feststellen, wie die Sache denn eigentlich war, um die Demagogie der Kommunisten entsprechend aufzuzeigen. Das Bestreben der „Vereinigten Verbände der Glasarbeiter“ ging dahin, den Arbeitgeberverband der Glasindustrie an seiner empfindlichsten Stelle zu treffen und es wurde aus dem Grund das Schwerkzeug der ganzen Bewegung darauf gelegt, die Forderung der unterirdischen Löhne für die Facharbeiter anzustreben. Dies aus dem Grunde, weil uns bekannt war, daß der Arbeitgeberverband in Teplitz bereits den Beschluß gefaßt hatte, im Falle es in ein oder den anderen Betrieben zu einer Aktion kommen sollte, mit der Aussperrung der gesamten Hohlglasarbeiter zu antworten. Nun war jeden logisch denkenden Gewerkschaftler klar, daß ein derartiger Aussperrungsbeschluß der Unternehmer sehr schwer durchzuführen ist in dem Momente, wo die Arbeiter jener Betriebe, die am schlechtesten bezahlt werden, ihre Unzufriedenheit durch Arbeitsniederlegung zum Ausdruck bringen, weil dann die Unternehmer der anderen Gebiete nicht sehr begeistert für die Aussperrung sein konnten, da gerade diese Unternehmer aus den schlechtesten Gebieten ihre größten Konkurrenten am Absatzmarkt sind. Auf diese Schwäche der Unternehmerorganisation aufbauend, wurde nun in der gemeinsamen Sitzung ein Plan unterbreitet, wonach die Arbeiter einiger Gebiete, wo sie am schlechtesten bezahlt sind, die Arbeit niederlegen sollten, und nun kommt das bezeichnete. Die Kommunisten redeten wohl in dieser Sitzung viel von einer Aktion auf breiter Grundlage, waren aber zum Schluß nicht einmal imstande, dem Plane einer Teilaktion zustimmen zu können, bevor sie nicht den Vorstand des J. A. B. in Prag gefragt haben. Dem wurde zugestimmt, und schon drei Tage darauf wurde seitens der Sektion des J. A. B. mitgeteilt, daß auch ihr Vorstand den Aktionsplan genehmigt habe und er denselben unterstützen wird.

Nun hat die Sektion des J. A. B. in der ganzen Hohlglasindustrie nur die Betriebe in Slichow, Poděbrad und Josefthal bei Zvěřa, wo sie die übergroße Majorität besitzt, bzw. den Betrieb vollständig beherrscht und es ist eine grobe Unwahrheit, wenn in dem Artikel geschrieben wird, daß in Poděbrad, wo die Arbeiter Streikbruch verübten, 50 Prozent bei den reformistischen Verbänden organisiert sind, weil in Wirklichkeit von den fünf Betriebsschiffemendanten vier von Kommunisten besetzt sind. Und gerade hier begann das Verbrechen das an den Hohlglasarbeitern bei der letzten Lohnbewegung verübt wurde, indem die Kommunisten auch zugestimmt hatten, daß in Slichow und Poděbrad in Aktion getreten werden sollte, daß sie übernommen hatten, diese Aktion durchzuführen und daß der Sekretär Koseluh zum Schluß erklären mußte, daß die Arbeitererschaft in Slichow nicht aktionsfähig ist und sie insolge dessen ausgeschlossen werden soll. Für den

Ankündigende Kleintierzucht

Suppentausch K 4.-
Kücheneckbe Hühner u. Affen
des Jahres K 4.-
Bestückung für K 2.-
Der Waidenschein K 2.-
Beschreibung für Kamin-
wärmer K 4.-
Gesundheitspflege der Klein-
tiere K 2.-
Büchergesichte K 2.-
ausführliches Verzeichnis über
verrückte Schriften 1000.-

Volkshandlung

Dremler & Co.
Teplitz-Schönau,
Königsstraße 13.
direkt gegenüber dem Neuen Stadt-Theater.

Die Volkshandlung Ernst Sattler, Karlsbad

unterhält ein reichhaltiges Lager jeder Art **Literatur.**

Alle nicht lagernden oder wo immer angeforderten Bücher und Zeitschriften werden **reichste geliefert.**

Volkshandlung Teplitz-Schönau

Königsstraße Nr. 13
direkt gegenüber dem Neuen Stadt-Theater
Lieferant alle

Bücher, Zeitschriften
Papier, Kanziematerial u. Schulartikel
Geschenke für alle Feiern

Schriften zur Zeit.

Julius Deutsch, Wehrmacht und Sozialdemokratie, K 1.-
Kurt Gezer, Führer und Masse in der Demokratie, K 1.-
Eduard Holmann, Die stiltten 10 Iden des Klassenkampfes, K 1.-

Volkshandlung, Teplitz-Schönau, Königsstraße 13.

Betrieb in Poděbrad wurde diese Ausscheidung aus der Aktion seitens der Kommunisten nicht verlangt und trotzdem sind die dortigen Arbeiter der Aufforderung des J. A. B. die Arbeit niederzulegen, nicht nachgekommen.

Nun denke jeder darüber nach, welche Auswirkung diese

Aktionsunfähigkeit auf der einen Seite und der Streikbruch auf der anderen Seite

auf die Vertrauensmänner und Arbeiter jener Betriebe, nehmen muß, welche tatsächlich die Arbeit niedergelegt hatten. Gerade in Slichow und Poděbrad werden insolge der Karrierisierung der Ja. Inwald und Stölze dieselben Artikel erzwungen wie in Herrmannshütte, Zuchtental und Erbevis. Daß sich die Kommunisten selbst darüber klar waren, welche folgenreichere Handlung durch diesen Streikbruch begangen wurde, beweist am besten, daß sie ja an alle ihre Ortsgruppen ein Rundschreiben hinaussendeten, in welchem sie mitteilten, daß in Poděbrad ein „Fehler“ geschehen sei. Es geht eben zur Methode dieser Marodeure des Klassenkampfes, daß sie für ein und dasselbe Ding unterschiedliches Maß besitzen, und was für sie ein „Fehler“ ist, wird bei den anderen als Verrat und Sabotage hingestellt.

Und wenn dann weiter geschrieben wird, daß im Handelsministerium die Bewegung von den reformistischen Vertretern abgelehnt wurde, so soll nur hier einmal festgestellt werden, daß 1. der Kampf geführt worden ist, weil die Unternehmer jede Verhandlung ablehnten, daß beim Handelsministerium ein Verhandlungsprogramm vereinbart wurde, welches auch die Kommunisten unterschrieben haben und daß es eben dann ein Verbrechen gewesen wäre, die Arbeiter in den Betrieben draußen im Streik stehen zu lassen, wenn die Kommunisten nachweisbar nicht aktionsfähig gewesen sind und direkten Streikbruch verübt hätten.

Und nun möge die Öffentlichkeit einmal über den

Unterschied zwischen der maßlosen Demagogie der Kommunisten und den tatsächlichen Verhältnissen

urteilen. In allen Versammlungen und Konferenzen wurde von der Erweiterung der Aktion auf breiter Grundlage geredet und auf der anderen Seite sind dieselben Leute nicht einmal imstande in zwei Betrieben, wo sie ausnahmsweise die übergroße Majorität besitzen, eine Arbeitsniederlegung durchzuführen zu können. Gerade diese Tatsachen beweisen am deutlichsten, wie richtig die Einstellung der „Vereinigten Verbände der Glasarbeiter“ war, daß sie die Verträge in der



Frau Anna Tüchtig
die erfahrene Hausfrau u. vorzügliche Köchin feierte diesmal recht fröhliche Weihnachten

Die Striezel, die Weihnachtsbäckerei und der gebackene Fisch schmeckten vorzüglich und die Gäste konnten sich des Lobes nicht genug tun. Denn sie verwendet zum Gebäck ausschliesslich Teemargarine

SANA
und zum Backen und Braten Speisefett

POLARIN
Beide gehören in jede gute Küche!

Hohlglasindustrie nicht gekündigt hatten, weil unter solchen Verhältnissen aus einem großen allgemeinen Lohnkampf nur ein Chaos hätte werden müssen. Die schwere Schuld der Kommunisten, daß sie nicht aktionsfähig waren und ihrem eigenen Streikbeschluß nicht Folge geleistet haben, bleibt für alle Zeiten bestehen. Wir sind aber nicht gekommen um die Taschenspielerkunst dieser Revolutionären gefallen zu lassen und werden dafür sorgen, daß sie in der Öffentlichkeit als das erkannt werden, was sie sind, und sie überall als Marodeure des Klassenkampfes hinstellen.

Ausschreibung.

Am allgem. öffentl. Krankenhaus in Falkenau a. d. Eger gelangen am 16. Jänner 1928 die Stellen

- 1. eines II. Gebühärarztes
- 2. eines Volontärarztes zur Befetzung.

ad 1. Mit dieser Dienststelle, die nie eine definitive werden kann, sind die Bezüge nach der Reg.-Vbg. vom 17. März 1927, Nr. 21 S. d. G. u. B., nebst freier Wohnung und Beheizung im Krankenhaus verbunden.

ad 2. Mit dieser Stelle ist die Gewährung der freien Anstaltskost (ohne Getränke) nach der besseren Verpflegungsklasse, sowie freie Dienstwohnung nebst einer monatlichen Remuneration von Ks 450.- aus dem Bezirksfonds verbunden. Aus Verleihung dieser Stelle kann bei Befetzung einer Sekundär-Arztstelle keine Bevorzugung abgeleitet werden.

Bewerber um diese Posten, müssen ledigen Standes, tschechoslowakische Staatsbürger und die Erlangung des Doktorgrades an einer inländischen Universität nachweisen sowie der tschechischen Sprache mächtig sein. Die mit einem 5-Ks-Stempel versehenen Kompetenzgenüße, belegt mit diesen Nachweisen und Zeugnissen über ihre Qualifikation sind bis **31. Dezember 1927** bei dem Verwaltungsausschuß obigen Krankenhauses einzubringen. Die Bewerber haben dem Gesuche auch die schriftliche Erklärung beizufügen, daß sie keine andere, ständig honorierte ärztliche Stelle bekleiden und eine solche auch in Zukunft in ihrer hiesigen Stellung nicht übernehmen werden. Anbündigungsfrist beträgt gegenfeitig 4 Wochen.

Verwaltungsausschuß des allgem. öffentl. Krankenhauses, Falkenau a. d. Eger,

am 15. Dezember 1927.
Für den Verwaltungsausschuß:
Der Obmann: **Karl Gräß** c. s.

